



BESUCHE IM SOWJETSEKTOR BERLINS

machten etliche Bonner Prominente, als der Bundestag letzte Woche in der alten Reichshauptstadt tagte. Bundestagspräsident Gerstenmaier und Bundesminister Tillmanns nahmen in der Ostberliner Marienkirche an einer Feier zum zehnjährigen Bestehen des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland teil (Bild rechts: Eheleute Tillmanns und Gerstenmaier in der Marienkirche). Eine Abordnung der SPD-Bundestagsfraktion legte auf dem Sowjetsektor-Friedhof Friedrichsfelde, dem

traditionellen Begräbnisplatz führender Sozialisten, am Grabe des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller (1920, 1928 bis 1930) einen Kranz nieder (Bild links: die SPD-Bundestagsabgeordneten Wittrock, Herold, Mellies, Frau Heise). Andere Abgeordnete machten Spaziergänge im Sowjetsektor. Bundesverteidigungsminister Blank dagegen lebte offensichtlich unter der Zwangsvorstellung, gekidnappt zu werden. Er ließ sich ununterbrochen von Sicherheitsbeamten bewachen.

BONN

SCHMEISSER

Das Bundespresamt hat am Dienstag letzter Woche erklärt, die „Annahme“ eines deutschen Nachrichtenmagazins, der Strafantrag des Bundeskanzlers in Sachen Schmeißer beziehe sich nicht auf den ehemaligen Ministerialrat Ziebell, sei „irrig“. — Der diesbezügliche Tenor des Strafantrags Dr. Adenauers hat folgenden Wortlaut: „Wegen dieses Sachverhalts, der mir am 8. Juli 1952 bekanntgeworden ist, stelle ich Strafantrag gegen den Gewährsmann Hans Konrad Schmeißer, den Verfasser des Berichts und den verantwortlichen Herausgeber der Wochenzeitschrift DER SPIEGEL.“ Dieser Strafantrag des Bundeskanzlers vom 8. Juli 1952 ist nie ergänzt worden. Hans-Jürgen Ziebell ist weder identisch mit Hans Konrad Schmeißer, noch ist er der Verfasser des Berichts „Am Telefon vorsichtig“ — er hat keine Silbe davon verfaßt —, noch ist er verantwortlicher Herausgeber der Wochenzeitschrift DER SPIEGEL. Irrig ist mithin die Annahme der Bundesregierung, der Bundeskanzler habe Strafantrag gegen Ziebell gestellt. Es gibt auch nicht die schwächste rechtliche Stütze für diese Annahme.

SOWJET-BOTSCHAFT

Falls die Sowjet-Regierung ihren Botschafter bei der sogenannten Deutschen

Demokratischen Republik, Puschkin, in Personalunion auch zum Botschafter bei der Bundesrepublik Deutschland machen wolle, so werde die Bundesregierung ihm kein Agrément erteilen, stellte das Auswärtige Amt auf Anfragen aus Ostberlin fest.

ZITAT

„Wer weiß, ob der Beleidigungsklagen zurückzieht.“ (Der Berliner Kabarettist Thierry während des „Berliner Abends“ für Bundestagsabgeordnete zur Begründung dafür, daß er sich mit dem Saar-Regierungschef Hoffmann nicht anlegen wolle.)

BUNDESTAG

Abstecher nach Berlin

In drei großen Marschgruppen startete in der vergangenen Woche der westdeutsche Bundestag mit seinem ganzen Troß — den Sekretärinnen, Fahrern und Ehefrauen — nach Westberlin. Je etwa ein Drittel der rund 600 Gäste aus Bonn reiste im Flugzeug, im Auto und mit der Bundesbahn. Vorsorglich hatte eine Westberliner Autofirma fünfzehn Mercedes 300 aus Westdeutschland gechartert, um den Bonner Politikern komfortable Repräsentationswagen offerieren zu können. Die Sonderkosten der anstrengenden parla-

mentarischen Arbeitswoche in Berlin betragen etwa 500 000 Mark.

Dieser Aufwand war dem Hauptpunkt der Tagesordnung angemessen: der überhitzten Wirtschaftskonjunktur, über deren Abkühlung der Bundestag ausgerechnet in Berlin beriet. Das offizielle Leitmotiv dieses Debüts des Bonner Parlaments in der alten Reichshauptstadt umschrieb Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard deklamatorisch:

„Wenn wir die wirtschaftlichen Sorgen hier in Berlin in aller Offenheit besprechen, so erkennt die ganze Welt, daß es jene glücklichen Sorgen sind, die sich aus dem erfolgreichen Wiederaufbau und der vollen Ausnutzung aller Produktivkräfte für Zwecke der menschlichen Wohlfahrt ergeben. Eine blühende deutsche Volkswirtschaft mag unseren deutschen Brüdern im Osten Hoffnung und die Gewißheit geben, daß im Materiellen, im Seelischen und im Geistigen die Kraft lebendig ist, die die Lebensmöglichkeiten der Menschen im deutschen Osten mit dem Tage der Wiedervereinigung schnell auf das Niveau des freien Deutschlands heben kann.“

Es hatte sich glücklich gefügt, daß sich die schon lange auf dem Bundestagsprogramm stehende Konjunkturdebatte als Thema der ersten Sitzung des Bonner Parlaments in Westberlin anbot. Wegen des zwangsläufig wirtschaftstheoretischen Charakters dieser Debatte waren scharfe